



## Initiative für einen Gemeinsamen Ausschuss der Landesparlamente in Berlin und Brandenburg

### Ausgangslage

Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg hat bereits eine hohe Intensität erreicht. Über zwei Dutzend Staatsverträge und zahlreiche gemeinsame Einrichtungen belegen die enge organisatorische Verflechtung (siehe Anlage).

Dennoch ist gerade das politisch-gesellschaftliche Zusammenwachsen seit der gescheiterten Länderfusion im Jahr 1996 kaum vorangekommen. Das Verständnis von Berlinern und Brandenburgern für einander hat sich kaum verändert. 20 Jahre nach der Volksabstimmung ist es an der Zeit, einen neuen Impuls für die gemeinsame Perspektive als Hauptstadtregion zu setzen – auch und gerade unter dem Aspekt des Zusammengehörigkeitsgefühls.

### Vorschlag

Die CDU-Fraktionen des Landtags Brandenburg und des Abgeordnetenhauses von Berlin schlagen die Gründung eines **Gemeinsamen Ständigen Ausschusses der Landesparlamente** vor, der sich insbesondere folgenden Themen widmen soll:

- Erarbeitung eines neuen gemeinsamen Leitbildes für die Hauptstadtregion (das aktuelle Leitbild stammt aus dem Jahr 2006)
- Konkretisierung der gemeinsamen Landesplanung
- Medienpolitik (rbb, Medienanstalt Berlin-Brandenburg)
- Abstimmung im Bereich des Nahverkehrs, insbesondere des VBB, des Regionalbahnverkehrs aber auch bei der Realisierung von Verbindungsstraßen, P&R
- Flughafen BER: Begleitung der Inbetriebnahme und der weiteren Entwicklung (Umfeld, Erweiterungen, Anbindung)
- Erarbeitung eines den aktuellen Bedarfen angepassten Sicherheitskonzeptes für die Hauptstadtregion
- abgestimmte Lehrerbedarfsplanung der beiden Bundesländer, qualitative und quantitative Ausweitung der Lehrerausbildung, kein Ausspielen der Bundesländer bei Lehrer-Rahmenbedingungen, Deutschland-Abitur
- Ausbau der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung

Darüber hinaus können weitere Themen in die Zuständigkeit dieses Ausschusses gegeben werden – auch temporär bei speziellen Ereignissen.

Die Arbeitsweise soll konstruktiv-verbindend sein und die klassische Trennlinie zwischen Regierung und Opposition weniger ins Gewicht fallen lassen. Die Arbeit der jeweiligen Fachausschüsse in den Landesparlamenten wird dadurch nicht beschnitten, sondern ergänzt, flankiert und unterstützt.

### **Weiteres Vorgehen zur Umsetzung**

Die Einrichtung eines solchen Ausschusses braucht eine breite, fraktionsübergreifende Unterstützung in beiden Parlamenten. Der Vorschlag der CDU-Fraktionen kann daher nur die Grundlage für den weiteren Verständigungsprozess darstellen. Die beiden CDU-Fraktionsvorsitzenden sollten zunächst zu den Kollegen in den anderen Fraktionen Kontakt aufnehmen und für um Unterstützung und Beteiligung werben.

Da aus verfassungsrechtlicher Sicht die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses nicht möglich ist, sollte jedes Parlament einen eigenen Ausschuss einsetzen. Die beiden Ausschüsse haben dann den identischen Auftrag, zwei Vorsitzende und tagen immer gemeinsam (abwechselnd in Potsdam und Berlin) und können sich eine gemeinsame Geschäftsordnung geben. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben bereits einen ähnlichen Weg beschritten.

Nach gründlicher Vorbereitung – beispielsweise in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe – sollten der Landtag Brandenburg und das Abgeordnetenhaus von Berlin jeweils durch einen breiten Mehrheitsbeschluss den Weg für einen gemeinsamen Ausschuss ebnen. Es geht dabei nicht um einen weiteren Anlauf zur Fusion. Es geht um Kooperation zweier Partner auf Augenhöhe, die auch auf der Ebene der Volksvertretungen die Gemeinsamkeiten dokumentiert.

## Staatsverträge

1. Staatsvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich des Rundfunks vom 29. Februar 1992 (1. Mai 1992), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 30. August / 11. September 2013 (1. Januar 2014)
2. Staatsvertrag über die Errichtung einer Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vom 21. Mai 1992 (1. August 1992), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 6./15. April 2011 (1. Dezember 2011)
3. Staatsvertrag über die Feuersozietät Berlin Brandenburg und die Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg (einschl. Verwaltungsvereinbarung) vom 2. April 1993 (1. Dezember 1993), zuletzt geändert durch den Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Feuersozietät Berlin-Brandenburg und die Öffentliche Lebensversicherung Berlin-Brandenburg vom 2. April 1993 und zur Umwandlung der Feuersozietät Berlin-Brandenburg und der Öffentlichen Lebensversicherung Berlin-Brandenburg in Aktiengesellschaften vom 24./26. Februar 2003 (14. Mai 2003), außer Kraft gesetzt durch den Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg zur Abwicklung der Feuersozietät Berlin Brandenburg und zur Haftungsregelung für die Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg vom 20./28. März 2006 (10. August 2006)
4. Staatsvertrag über die von Berlin und Brandenburg getragene Akademie der Künste vom 20. April 1993 (1. Oktober 1993), außer Kraft gesetzt durch den Staatsvertrag über die Auflösung der von Berlin und Brandenburg getragenen Akademie der Künste vom 26. Juni /15. Juli 2005 (1. Januar 2006)
5. Staatsvertrag über die Errichtung der Zentralen Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg (ZABB) vom 13. Januar 1994 (1. Dezember 1994)
6. Staatsvertrag über die Errichtung einer "Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg" (einschl. Finanzierungsabkommen) vom 23. August 1994 (1. Januar 1995)
7. Staatsvertrag über die Aufgaben und Trägerschaft sowie Grundlagen und Verfahren der gemeinsamen Landesplanung vom 6. April 1995 (1. August 1995), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 16. Februar 2011 (1. November 2011)
8. Staatsvertrag zur Regelung der Volksabstimmungen über den Neugliederungs-Vertrag vom 27. April 1995 (29. Juli 1995); <sup>1</sup>hierzu: Staatsvertrag über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes (Neugliederungs-Vertrag) vom 27. April 1996 (nicht in Kraft getreten)
9. Staatsvertrag über die Zuständigkeit des Landgerichts Berlin für Rechtsstreitigkeiten über technische Schutzrechte vom 20. November 1995 (1. Januar 1996), geändert durch Staatsvertrag über die Errichtung des Zentralen Mahngerichts Berlin-Brandenburg sowie zur Änderung des Staatsvertrages vom 20. November 1995 über die Zuständigkeit des Landgerichts Berlin für Rechtsstreitigkeiten über technische Schutzrechte – Mahngerichtsvertrag – vom 13. Dezember 2005 (1. Juni 2006)

10. Abkommen über die Durchführung der Wirtschaftsprüferordnung in Berlin und Brandenburg (Staatsvertrag) vom 18. März 1996 (1. Juli 1996)
11. Staatsvertrag über die Bergbehörden vom 13./17. August 1996 (1. Januar 1997), geändert durch Staatsvertrag vom 15. November 2000 (1. Juni 2001), ersetzt durch Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Bergbehörde und energieaufsichtliche Zuständigkeiten vom 17./23. März 2006 (1. November 2006)
12. Staatsvertrag über Gemeinsames Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm) und über die Änderung des Landesplanungsvertrages vom 7. August 1997 (1. März 1998), geändert durch Staatsvertrag vom 05. Mai 2003 (1. November 2003); weitestgehend ersetzt durch Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über das Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) und die Änderung des Landesplanungsvertrages vom 10. Oktober 2007 (1. Februar 2008)
13. Staatsvertrag über die gegenseitige Nutzung von Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vom 7. Dezember 2001 (1. September 2002)
14. Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg vom 25. Juni 2002 (1. Dezember 2002), geändert durch Staatsvertrag vom 30. August / 11. September 2013 (1. Januar 2014)
15. Staatsvertrag zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin über die Zusammenarbeit in der Notfallrettung vom 24. Februar 2003 (29. Juli 2004)
16. Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft (Landwirtschaftsstaatsvertrag) vom 17. Dezember 2003 (16. Oktober 2004)
17. Staatsvertrag über die Errichtung eines Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes der Länder Berlin und Brandenburg vom 2. April 2004 (1. September 2004)
18. Staatsvertrag über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg vom 26. April 2004 (1. Januar 2005), geändert durch Staatsvertrag vom 7. Februar 2011 (1. September 2011)
19. Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (Mess- und Eichwesen-Staatsvertrag) vom 11. März 2004 (1. Mai 2005)
20. Staatsvertrag über die Bestimmung der Aufsicht über die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg vom 13. Dezember 2005 (1. April 2006)
21. Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg vom 13. Dezember 2005 (1. Januar 2007)
22. Staatsvertrag über die Errichtung des Zentralen Mahngerichtes Berlin-Brandenburg sowie zur Änderung des Staatsvertrages vom 20. November 1995 über die Zuständigkeit des Landgerichts Berlin für Rechtsstreitigkeiten über technische Schutzrechte – Mahngerichtsvertrag – vom 13. Dezember 2005 (1. Juni 2006)

23. Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftfahrtverwaltung vom 3./4. Mai 2006 (1. August 2006)
24. Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinsamen Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) vom 22. Mai 2006 (1. Januar 2007)
25. Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinsamen Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) vom 22. Mai 2006 (1. Januar 2007)
26. Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung eines Landeslabors Berlin-Brandenburg vom 30. September 2008 (1. Januar 2009)
27. Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering vom 25. August 2011 (1. Februar 2012)
28. Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb einer gemeinsamen Jugendarrestanstalt vom 10. September/21. Oktober 2015 (1. März 2016)
29. Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Einrichtung und den Betrieb eines klinischen Krebsregisters nach § 65c des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 12. April 2016 (1. Juli 2016)

\* Datum des In-Kraft-Tretens in der Klammer

## **Gemeinsame Einrichtungen**

- Bildungsserver
- Landesinstitut für Schule und Medien
- Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut
- Institut für Schulqualität
- Kooperativer Bibliotheksverbund
- Studieren in BB
- Weiterbildungsdatenbank
- Zentrale Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg
- Geodateninfrastruktur Berlin/Brandenburg
- Gemeinsames Krebsregister
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg
- Akademie der Künste
- Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- Gemeinsame Landesplanung
- Rundfunk Berlin Brandenburg
- Medienanstalt Berlin-Brandenburg
- Medienboard
- Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg
- Flughafen Berlin Brandenburg
- Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg
- VBB
- Gemeinsames Tarifregister
- Landesamt für Mess- und Eichwesen
- Landeslabor Berlin-Brandenburg
- Landwirtschaft
- MEAB (Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft)
- Sonderabfallgesellschaft Berlin-Brandenburg
- Akademie der Wissenschaften
- Bio TOP (Aktionsprogramm der Biotechnologie)